

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

229. Sitzung

- Auszug -

Berlin, Freitag, den 31. März 2017

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Einen wunderschönen, sonnigen guten Morgen!
Die Sitzung ist eröffnet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 34 auf:

Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie

Neuaufgabe 2016

Drucksache 18/10910

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss Digitale Agenda

Wir waren uns nicht ganz sicher, ob die Bundesregierung es schaffen würde, in ihrer gesamten Zusammensetzung rechtzeitig hier vertreten zu sein. Aber

wie immer hat sie das rechtzeitig geschafft.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 60 Minuten vorgesehen. – Darüber besteht allgemeines Einverständnis. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile zu Beginn das Wort Herrn Bundesminister Peter Altmaier für die Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Peter Altmaier, Bundesminister für besondere Aufgaben:

Guten Morgen, Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wird oft darüber diskutiert, nicht nur in Deutschland, inwieweit der Umweltschutz, insbesondere der Klimaschutz, und die Wirtschaft im Wettbewerb miteinander oder im Gegensatz zueinander stehen. Nachhaltigkeit – darüber reden wir heute – ist natürlich weit mehr als Nachhaltigkeit in der Umwelt- und Klimaschutzpolitik. Eines möchte ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Wir werden die Wachstums- und Wohlstandspotenziale dieses Planeten nur dann ökologisch verträglich heben können, wenn es

uns gelingt, diesen vermeintlichen Gegensatz aufzuheben, wenn es uns gelingt, das Klima so zu schützen und die Ressourcen so effizient zu nutzen, dass Wachstum auch in Zukunft umweltverträglich möglich ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.
Carsten Träger [SPD])

„Für uns ist die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung grundlegendes Ziel und Maßstab des Regierungshandelns.“ – das steht im Koalitionsvertrag von 2013. Man kann darüber diskutieren, ob es an der einen oder anderen Stelle vielleicht eines deutlicheren Akzentes bedurft hätte; aber wir haben die Nachhaltigkeit als Bundesregierung und als Parlament in diesen vier Jahren gemeinsam vorangebracht. Deshalb bin ich an dieser Stelle zunächst einmal dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung zu nachhaltigem Dank verpflichtet. Wir haben quer über alle Parteigrenzen hinweg mit allen Mitgliedern dieses Beirates eine gute und fruchtbare Zusammenarbeit gepflegt. Ich habe mich sehr dafür eingesetzt, gleich zu Beginn dieser Wahlperiode die Sitzungen des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung für die Parlamentarier zu öffnen. Ich kann mich an keinen Punkt erinnern, wo wir uns gegenseitig behindert oder bekämpft hätten. Das können wir uns auch nicht leisten.

Wir haben im Januar in der Bundesregierung eine neue Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen, die wesentlich auf der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2015 basiert. Das Jahr 2015 war ein gutes Jahr für die Nachhaltigkeit und ein gutes Jahr für den Klimaschutz. Es waren die Verabschiedung dieser Agenda 2030 und der Erfolg der Pariser Klimakonferenz, die vielen Menschen in Deutschland Hoffnung gegeben haben, dass auch Themen wie Nachhaltigkeit nicht von der politischen Agenda verschwinden. Im Gegenteil: Die Agenda 2030 war ein großer Erfolg, und sie zeigt, dass ein globaler Schulterschluss bei zentralen Herausforderungen unserer Zeit nach wie vor möglich ist.

Die Verankerung des Prinzips der nachhaltigen Entwicklung als Leitprinzip in allen Politikbereichen ist gerade in weltpolitisch schwierigen Zeiten kein Luxus, sondern pure Notwendigkeit. Wir arbeiten auch im Rahmen der G 20 – dort tragen wir in diesem Jahr eine besondere Verantwortung – an engagierten Festlegungen der führenden Industrie- und Schwellenländer für die Umsetzung der Agenda 2030. Das ist nicht immer einfach; das sieht man daran, wie sich einzelne Akteure aus dem Bereich der G 20 positionieren und auch auf nationaler Ebene um ihren Kurs ringen.

Auch die Europäische Union muss mehr tun. Die Europäische Union hatte sich mit Nachdruck für eine ehrgeizige Agenda 2030 eingesetzt. Sie sollte jetzt eine Vorreiterrolle bei der internationalen Umsetzung

übernehmen. Wir brauchen eine systematische, glaubwürdige und ambitionierte Herangehensweise. Ein neuer strategischer Rahmen auf EU-Ebene ist erforderlich. In diesem Sinne werben wir gegenüber der Europäischen Kommission.

Wir erwarten auch, dass sich die Vereinten Nationen stärker an der Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele, der sogenannten berühmten SDGs, ausrichten. Es ist gut, dass der neue Generalsekretär António Guterres seine Stellvertreterin Amina Mohammed mit der Umsetzung der Agenda 2030 betraut hat. Dies ist ein wichtiges politisches Signal. Wir erwarten nun mit großem Interesse die Vorschläge zu mehr Effizienz und Koordination im VN-System und sind bereit, den Generalsekretär tatkräftig zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die internationale Glaubwürdigkeit macht sich auch daran fest, wie wir als Vorreiter im Bereich der Nachhaltigkeit bei uns mit den Herausforderungen umgehen. Genau dazu dient die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Wir haben sie in einem beispiellosen Dialogprozess mit Ländern und Kommunen, mit Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft erarbeitet. Ich möchte allen danken, die hieran engagiert mitgearbeitet haben. Diese Agenda war ein erster wichtiger Schritt zur Umsetzung der Agenda 2030 in, durch und mit Deutschland; sie bildet den Rahmen für unsere künftigen Aktivitäten. Deshalb war es notwendig, dass wir die Verbreiterung der Strategie auf die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen und der Agenda vorgenommen haben. Sie bilden die neue Struktur für unser Nachhaltigkeitsmanagement, das künftig 63 Indikatoren umfassen wird. Ich weiß, dass darüber lange diskutiert worden ist und die Auswahl der 63 Indikatoren teilweise umstritten war. Neu sind zum Beispiel Themen wie Armut und Ungleichheit, nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion.

Außerdem werden wir die internationale Wirkung unseres Handelns stärker einbeziehen. Wir hatten uns als erstes Land bereit erklärt, vor dem Hochrangigen Politischen Forum der Vereinten Nationen über den laufenden Prozess zu berichten. Im Zusammenhang mit dem Bericht 2016 ist dies geschehen. An den Reaktionen haben wir feststellen können, dass Deutschland eine hohe Expertise und eine hohe Glaubwürdigkeit bei allen Nachhaltigkeitsthemen beigemessen wird. Dies ist eine gute Ausgangsbasis, insbesondere im internationalen Vergleich. An Deutschland wird sichtbar, dass man eine gute wirtschaftliche Situation, ein hohes Umweltschutzniveau und ein hohes Maß an sozialem Zusammenhalt mit einem klaren Bekenntnis zur Nachhaltigkeit vereinbaren kann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ebenfalls ist positiv, dass wir für die Umsetzung

der Agenda 2030 an bewährte Strukturen und Strategien anknüpfen können, die auch in anderen Ländern als Vorbild angesehen werden. Wir sind gerne bereit, denjenigen, die sich dafür interessieren, die Art und Weise, wie wir im Bereich der Nachhaltigkeit arbeiten, stärker und besser zu erklären. Ich habe den Staatssekretärsausschuss und die Kolleginnen und Kollegen aus dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung erwähnt. Bei der Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Gruppen, wenn sie zum Beispiel Ressortvorschläge prüfen, wenn wir mit ihnen darüber diskutieren, haben wir es geschafft, Synergien zu erzeugen und insgesamt besser zu sein, als wir es einzeln jeweils sein können. Es ist wichtig, dass wir in Deutschland auch die Bundesländer und die Kommunen stärker in diesen Prozess einbeziehen. Inzwischen haben 13 Bundesländer eigene Nachhaltigkeitsstrategien. Wir werben dafür, dass sich in der nächsten Zeit alle Bundesländer zur Erarbeitung eigener Nachhaltigkeitsstrategien verpflichten.

Die neue Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie zeigt Erfolge in Politikfeldern wie Bildung, erneuerbare Energien oder Staatsverschuldung. Die unabhängige Analyse des Statistischen Bundesamts zeigt hierbei als Symbol eine Sonne. Es gibt allerdings noch viele Aufgaben, bei denen auch wir besser werden müssen. Deshalb gibt es auch einige Indikatoren, die auf „Wolke“ oder auf „Gewitter“ stehen. Darüber wird es eine Debatte geben müssen. Die Indikatoren sollen dazu beitragen, diese Debatten zu ermöglichen.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Eisregen!)

– Eisregen gab es am Wahlabend im Saarland für die eine oder andere Partei, die das nicht erwartet und keinen Schirm dabei hatte.

(Beifall des Abg. Thomas Jarzombek [CDU/CSU])

Aber das hat mit Nachhaltigkeit weniger zu tun.

Wir tun gut daran, dass wir auch dort, wo die Indikatoren eine Wolke oder ein Gewitter zeigen, uns klar machen, dass wir Nachholbedarf im nationalen Bereich haben, unabhängig davon, dass wir auch in diesen Bereichen oftmals viel besser als manche andere sind, mit denen wir im internationalen Wettbewerb stehen.

Wir sollten Zielkonflikte deutlicher benennen und offen debattieren. Wenn der Preis mit Blick auf den Konsum auch langfristige Umweltentwicklungen und die soziale Seite widerspiegelt, ist manches Produkt vielleicht etwas teurer als ein Produkt, bei dem die Umweltkosten externalisiert werden, die Ressourceneffizienz keine Rolle spielt. Dennoch gibt es viele Bürgerinnen und Bürger – davon bin ich überzeugt –, die bereit sind, für eine richtig verstandene Nachhaltigkeit an der einen oder anderen Stelle einen etwas

höheren Preis zu bezahlen. Deshalb müssen wir Transparenz in dieser Hinsicht herstellen. Die Bundesregierung hat im Rahmen der Vergaberechtsreform die Möglichkeiten verbessert, Nachhaltigkeitsgesichtspunkte auch bei der öffentlichen Beschaffung stärker zu berücksichtigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir können an dieser Stelle nicht darauf verzichten, dieses Signal zu senden.

Herausforderung für die Strategie der Bundesregierung bleiben die Verbesserung der Politikkohärenz und die stärkere Einbeziehung der gesellschaftlichen Akteure. Deshalb haben wir eine Wissenschaftsplattform eingerichtet, die vom BMBF gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium und dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung betrieben wird. Wir werden künftig jährlich ein Forum zur Nachhaltigkeit organisieren, und in allen Ressorts werden Koordinatoren für die nachhaltige Entwicklung benannt. Das ist ein Wunsch unter anderem aus dem Parlamentarischen Beirat, den wir gerne aufgegriffen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nachhaltige Politik und Nachhaltigkeitsthemen haben es schwerer als andere Umweltthemen, als Klimaschutzthemen oder Themen, die uns auf den Nägeln brennen, weil oftmals die Folgen verfehlter Nachhaltigkeit nicht hier und heute, nicht in der nächsten Woche und nicht im nächsten Monat sichtbar werden, sondern in 10, 20 oder 30 Jahren, wenn es für eine Korrektur oder für ein Gegensteuern zu spät ist. Deshalb glaube ich, dass wir eine große Verantwortung und ein gemeinsames Interesse daran haben, dass auch in Konkurrenz zu vielen anderen wichtigen Themen das Nachhaltigkeitsthema von Bundestag und Bundesregierung immer wieder in angemessener Weise in die politische Debatte eingebracht wird. Wir als Bundesregierung sind dazu bereit und bieten Ihnen unsere Zusammenarbeit an.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt die Kollegin Katja Kipping.

(Beifall bei der LINKEN)

Katja Kipping (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung danken, dass er diese Debatte angeschoben hat.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts des Klimawandels sowie der Armut weltweit und hierzulande wäre eine wirkliche Nachhaltigkeitsstrategie angebracht. Leider wird das, was die schwarz-rote Bundesregierung vorgelegt hat, diesem Anspruch nicht gerecht. Das ist blamabel.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aus Zeitgründen kann ich das nur an zwei Punkten verdeutlichen. Nehmen wir den Klimaschutz. Der UN-Klimareport kommt zu dem Ergebnis, dass in Bälde in Afrika bis zu 200 Millionen Menschen von akuter Dürre und Trinkwassermangel bedroht sind. Der Teilnehmer einer Klimaschutzkonferenz brachte die Situation wie folgt sehr plastisch auf den Punkt: Wenn meine Heimat ein Backofen wird, was glauben Sie, dass ich dann mache? Glauben Sie, dass ich hier sitze, bis ich verdurstet bin? Natürlich nicht! – Das heißt also: Der Klimawandel wird zu einem extremen Migrationsdruck führen. Klimawandel und Umweltzerstörung werden die Fluchtursache Nummer eins der Zukunft werden. Deswegen sind Klimagerechtigkeit und Klimaschutz zutiefst Fragen der globalen Gerechtigkeit und der sozialen Gerechtigkeit, die wir mit aller Entschiedenheit angehen müssen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der CO₂-Ausstoß muss reduziert werden. Dieses Ziel erreichen wir aber nicht durch das Bedrucken von geduldigem Papier. Dieses Ziel werden wir nur erreichen, wenn wir eine Verkehrswende einleiten. Wir brauchen weniger Verkehr auf der Straße und eine Umverlagerung zu umweltfreundlichen Verkehrsträgern, bis hin dazu, dass wir unnötigen Verkehr vermeiden. Wir müssen auch die Energiewende in Angriff nehmen. Wir müssen hin zur Nutzung erneuerbarer Energien, und wir brauchen dezentrale Formen der Energieversorgung. Nur wenn uns das gelingt, werden wir auch den CO₂-Ausstoß reduzieren.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zu einer nachhaltigen Entwicklung gehört auch der entschiedene Kampf gegen Armut. Schauen wir uns einmal die Ziele, die sich die schwarz-rote Bundesregierung da vornimmt, an – das habe nicht ich mir ausgedacht, sondern in Ihrer Liste stehen dazu zwei kleine Punkte –: Im Hinblick auf den Kampf gegen materielle Unterversorgung sagt die Bundesregierung, ihr Ziel sei, die entsprechenden Zahlen hierzulande deutlich unter dem Durchschnitt der EU 28 zu halten. Im Klartext heißt das: Schwarz-Rot reicht es, wenn es im Durchschnitt der gesamten EU den anderen schlechter geht.

Ja, was soll das denn, bitte schön, den Menschen, die hierzulande von Armut betroffen sind, sagen? Der

Rentnerin, die nach einem langen Arbeitsleben mit 800 Euro im Monat über die Runden kommen muss, sagen Sie also: „Alles super! Im EU-Durchschnitt geht es anderen noch schlechter!“? Sagen Sie einem Kind, das in einer Hartz-IV-Familie lebt, das aus den Turnschuhen herausgewachsen ist und dessen Eltern sich die neuen Turnschuhe vom Munde absparen müssen: „Stell dich nicht so an! Im Durchschnitt der EU 28 sieht es noch schlimmer aus!“? Was für eine beschämende Kapitulation vor der Armut!

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich meine, eine Gesellschaft, in der alle vor Armut geschützt sind, ist möglich. Wir Linke wollen uns nicht damit abfinden, dass auch nur ein Kind hierzulande in Armut aufwachsen muss. Deswegen kämpfen wir für eine Gesellschaft, in der jedes Kind einen guten Start ins Leben hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Übrigens: Auch wenn es um den Kampf gegen Ungleichheit geht, sind Ihre Ziele von beredter Bescheidenheit. Auch da reicht es Ihnen, wenn es den anderen im Durchschnitt schlechter geht.

Ich fasse zusammen: In der vorliegenden Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung stehen schöne Sätze und schöne Metaphern zur Problembeschreibung; das kann man nicht leugnen. Aber wenn es um Lösungen geht, dann werden Sie auffällig kleinlaut. Kurzum: Geht es um eine Lösung der großen Menschheitsaufgaben – Klimaschutz und Kampf gegen Armut –, wird man von dieser Regierung nichts erwarten können. Ich aber meine bzw. die Linke meint, der Klimaschutz und der Kampf gegen Armut müssen mit aller Entschiedenheit angegangen werden. Deswegen streiten wir voller Energie für eine sozialökologische Gerechtigkeitswende.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Für die Bundesregierung hat jetzt der Parlamentarische Staatssekretär Florian Pronold das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Florian Pronold, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wenn wir unterstellen, dass es im Jahr 2050 9 Milliarden Menschen auf der Welt geben wird, und wenn die Entwicklung anhält, dass ein Zuzug in die Städte stattfindet, wie derzeit weltweit zu beobachten ist, dann wird in Zukunft weltweit eine ganze Menge zusätzlicher Wohnraum gebaut. Wenn die bisherige Entwicklung bis

2050 fortschreitet, sind 40 Prozent unseres CO₂-Kontos schon allein durch den Städtebau aufgebraucht. Es hat noch keine Kuh ihren Verdauungsvorgang abgeschlossen, und es ist noch kein Auto gefahren, und schon sind allein durch die Stadtentwicklung 40 Prozent der CO₂-Belastungen bis zum Jahr 2050 vorherbestimmt.

Vor diesem Hintergrund müssen wir unsere Nachhaltigkeitsziele auch durch eine andere Art und Weise des Bauens verfolgen. Betrachtet man die bestehenden Zielkonflikte, so zeigt sich, wie wir Nachhaltigkeit definieren. Wir müssen beim Bauen viel mehr als bisher nachwachsende Rohstoffe verwenden, nicht nur in Deutschland, sondern auch weltweit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das hier ein Fortbildungsseminar?)

Für das Umwelt- und Bauministerium bezieht sich Nachhaltigkeit aber nicht nur auf Klimaschutz, sondern auch auf Umweltgerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit. Frau Kollegin Kipping, es hätte geholfen, die Nachhaltigkeitsstrategie besser zu lesen, statt nur der eigenen Propaganda zu glauben.

(Katja Kipping [DIE LINKE]: Ich habe das hier!)

Eines der zentralen Entwicklungsziele, um Armut zu bekämpfen, ist in Ziel 11 der Nachhaltigkeitsstrategie festgelegt: eine nachhaltige Stadtentwicklung. Da geht es auch um die Frage von Armutsbekämpfung. Der Anteil der Menschen in Deutschland und weltweit, die mehr als 40 Prozent ihres Einkommens für Wohnen ausgeben müssen, nimmt zu, und zwar dramatisch. Dieser Entwicklung muss man entgegenwirken, und das tun wir auch. Wir haben zum Beispiel die Mittel für die soziale Wohnraumförderung verdreifacht, wir haben die Mietpreisbremse eingeführt, wir haben die Erhebung der Maklergebühren geregelt, wir haben die Städtebauförderung mehr als verdoppelt, um hier ganz aktiv etwas zu tun. Der Kampf gegen Armut und für Nachhaltigkeit wird nur erfolgreich sein, wenn es national wie international gelingt, den Schutz der planetaren Grenzen als Ziel mit der sozialen Gerechtigkeit und der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung zusammenzubringen. Das ist die Grundvoraussetzung für Nachhaltigkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Da gibt es Zielkonflikte; das berücksichtigen wir alltäglich in den Debatten, die wir führen, und bei der Neuausrichtung von Zielen.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie müssen in die andere Richtung schauen!)

– Herr Krischer, Sie rufen immer gerne dazwischen; dafür sind Sie ja bekannt. Das ist aber nicht nachhaltig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zwischenrufe sind nicht nachhaltig. Wenn Sie eine Frage haben, melden Sie sich; ich beantworte sie gerne.

Ich glaube, man muss auf die Zielkonflikte aufmerksam machen und sie in diesem Hause auch diskutieren. Wenn wir den Klimaschutz im Gebäudebereich voranbringen wollen, dann muss es uns gleichzeitig gelingen, dass Wohnraum für die Menschen bezahlbar bleibt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir dürfen eben nicht zulassen, dass nur diejenigen mit einem großen Geldbeutel in energetisch sanierten Wohnungen leben können. So werden wir die Klimaziele nicht erreichen. Darum ist es so wichtig, darüber nachzudenken, wie man einen Quartieransatz hinbekommt, also nicht mehr nur das einzelne Gebäude betrachtet, sondern Lösungen für ganze Quartiere findet. Hier muss man neue Wege finden, um CO₂-Ziele und die Frage der sozialen Gerechtigkeit zusammenzubringen.

Die Nachhaltigkeitsstrategie wird nur Erfolg haben, wenn alle mitmachen, auch die Zivilgesellschaft. Deutschland kann, wie in vielen Fällen, mit gutem Beispiel vorangehen; aber es muss deutlich werden, dass Nachhaltigkeit für die gesamte Gesellschaft, für unseren Planeten als Ganzes gelten muss. Der Begriff „Nachhaltigkeit“ wurde in der Forstwirtschaft geprägt; daher kommt dieser Begriff. Heute wissen wir, dass die planetaren Grenzen sehr schnell erreicht sind. Wir werden die planetaren Grenzen gerade in ökologischer Hinsicht nicht schützen können, wenn es uns nicht auch gelingt, Ungerechtigkeit und Armut auf der Welt zu bekämpfen. Das müssen wir zusammenbringen; nur das ist nachhaltig. Die Bundesregierung hat viele gute Beispiele in diesem Bereich gebracht und die Zielkonflikte benannt.

Ich möchte mich dem Dank an den Nachhaltigkeitsbeirat anschließen. Ich glaube, es ist wichtig, dass nicht nur Parlament und Regierung handeln. Letztlich kommt es auf das Handeln der gesamten Gesellschaft an. Nur dann wird es uns gelingen, neben der Nachhaltigkeitsdebatte auch die „Macht-Frage“ zu stellen: Wer macht was, wer setzt was um?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Katrin Göring-Eckardt, Bündnis 90/Die Grünen.

Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! In Somalia, im Südsudan, in Nigeria, im Jemen

sind 20 Millionen Menschen, darunter sehr viele Kinder, von einer akuten Hungersnot bedroht. Wir nehmen das jeden Tag in den Zeitungen, in den Fernsehnachrichten wahr. Die Vereinten Nationen schätzen, dass für die kommenden sechs Monate 4 Milliarden Euro notwendig sind, um das schlimmste Leid zu lindern. Aber gerade einmal ein Zehntel dieser Summe ist zugesagt. Wenn wir heute über Nachhaltigkeitsziele reden, müssen wir auch über diese 20 Millionen Menschen reden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie stehen symptomatisch für die Frage, ob wir die Probleme an der Wurzel angehen oder ob wir weiter abwarten.

Der Hunger allein in diesen vier Ländern wurde durch Staatsverfall, durch Krieg, durch Korruption hervorgerufen und hat sich – Herr Altmaier hat ganz allgemein darauf hingewiesen – durch die Klimakrise verschlimmert. Wir kennen das aus Syrien. Wir wissen: Hungerkrise und Klimakrise sind zwei der größten Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, und führen zu immer mehr Fluchtbewegungen; Frau Kipping hat das bereits gesagt. Ich frage Sie heute Morgen: Warum ist die Bundesregierung nicht bereit, wenigstens jetzt sofort die Zusage zu machen, Mittel in Höhe von 1 Milliarde Euro bereitzustellen, um das Schlimmste zu verhindern und die größte Not zu lindern? Das wäre eine Aussage, die wir heute Morgen hier treffen könnten, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Das wäre Prävention. Im Übrigen könnten Sie Herrn Trump zugleich zeigen, was Humanität bedeutet.

Nachhaltigkeit, was heißt das eigentlich? Ganz einfach: Wir verbrauchen nur so viele Ressourcen, wie uns ohne Raubbau zur Verfügung gestellt werden. Nachhaltigkeit heißt, dass unser Wohlstand nicht auf Kosten unserer Kinder bzw. auf Kosten zukünftiger Generationen, auf Kosten der Natur und der Lebenschancen in anderen Teilen der Welt gehen darf.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Altmaier, Sie haben 2015 gesagt: „Es geht um nicht weniger als alles.“ – Ich stimme Ihnen zu. Ich habe allerdings nicht den Eindruck, dass dieser Impetus, dass diese Energie von der Umsetzung dieser Strategie ausgeht, die diese Bundesregierung verfolgt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen die Luftverschmutzung verringern, wir müssen dafür sorgen, dass das Essen anständig und gesund produziert wird, dass unser Wasser sauber ist, dass Natur und Lebewesen in ihren Arten erhalten

bleiben, nicht weil es jemand in der weiten Welt von uns verlangen würde, sondern weil wir es uns selber schuldig sind und weil es notwendig ist. Aber was tun Sie? Ich will in der Kürze der Zeit nur zwei Beispiele nennen: den Wasserschutz und die CO₂-Emissionen. Aber zuvor: Wenn es mit dem Klimaschutz so dringlich ist, wie Sie, Herr Altmaier, eben gesagt haben, dann wundert mich schon, dass genau an dem Tag, an dem Donald Trump die Klimaschutzpläne vom Tisch gewischt hat, das Thema Klimaschutz es noch nicht einmal auf die Tagesordnung des Koalitionsausschusses geschafft hat, wobei ich nicht weiß, wie viele Punkte auf der Agenda stehen, auf die sich der Ausschuss sowieso nicht einigen kann. Dringlichkeit geht anders, Herr Altmaier!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Lassen Sie mich aber zu den genannten Beispielen kommen, zunächst zum Wasserschutz. Wenn Sie auf der einen Seite sagen, das sei ein zentrales Ziel, dann müssen Sie doch auf der anderen Seite mit echten Auflagen dafür sorgen, dass die Gülle auf unseren Feldern von Schleswig bis Passau nicht weiterdampfen darf, um dann in unserem Wasser zu landen, im Grundwasser und im Trinkwasser, und die Meere zu verschmutzen. Wenn die Grünen in den Ländern nicht wenigstens etwas getan hätten, wäre in diesem Bereich überhaupt nichts passiert. Sie beteiligen sich daran, die Meere in diesem Land zu Müllkippen zu machen. Das kann man nicht zulassen; das darf man nicht zulassen. Das ist alles andere als nachhaltig, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Recht wurde auf dem G-7-Gipfel in Elmau darüber geredet, dass die CO₂-Emissionen sinken müssen. Sie haben gesagt, das brenne Ihnen auf den Nägeln. Ich merke davon nichts.

(Jeannine Pflugradt [SPD]: Das sind auch seine Nägel und nicht Ihre!)

In Deutschland steigen die CO₂-Emissionen wieder. Was haben Sie dazu gesagt? Sie haben gesagt, man müsse jetzt europäisch an die Sache herangehen. – Ja, das muss man; man muss es sogar global angehen. Das heißt aber nicht, dass man sich auf nationaler Ebene zurücklehnt und gar nichts mehr unternimmt, so wie Sie das gerade tun, oder sogar das Gegenteil provoziert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht um Klimaschutz, aber eben auch um Arbeitsplätze. Es geht um 50 000 Arbeitsplätze in der Solarbranche. Es geht um Arbeitsplätze, die Sie aufs Spiel setzen, wenn Sie nicht dafür sorgen, dass sich die Au-

tomobilindustrie jetzt verändert und die Elektromobilität zum Standard wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Altmaier, ich bin fest davon überzeugt, dass, wenn Sie es nicht schaffen, in der Verkehrspolitik eine Wende einzuleiten – die Verweigerung hat einen Namen: Alexander Dobrindt –, Sie die Nachhaltigkeitsziele weiter verfehlen werden. Meine Damen und Herren, Sie haben noch sechs Monate Zeit. Sie könnten noch jetzt den Hebel umlegen, –

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Im Gegensatz zu Ihnen haben wir noch Zeit!)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Frau Kollegin, Sie denken an die Redezeit.

Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

– statt Nachhaltigkeitsgesichtspunkte auch bei der öffentlichen Beschaffung anzukündigen. Wenn Sie das weiter aussitzen wollen, dann sage ich Ihnen: Lassen Sie im September lieber andere dran!

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Für die SPD spricht jetzt der Kollege Carsten Träger.

(Beifall bei der SPD)

Carsten Träger (SPD):

Einen wunderschönen guten Morgen! Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Welt hat sich mit 17 Nachhaltigkeitszielen zu einem besseren Umweltschutz und zur Bekämpfung von Armut und Ungleichheit verpflichtet. Und Deutschland geht bei der Umsetzung – international und gleichzeitig hier bei uns, in unserer Heimat – voran. Wenn die Regierung das umsetzt, was sie in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie aufgeschrieben hat, dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir einen großen Schritt weiter.

(Beifall bei der SPD – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn! Das ist das Problem!)

Die Bundesregierung – voran das Bundeskanzleramt, das Umweltministerium und das BMZ – hat zusammen mit den Verbänden und dem Statistischen Bundesamt wirklich hervorragende Arbeit geleistet. Deutschland setzt sich ambitionierte Ziele, entwickelt Maßnahmen und – ganz wichtig! – misst die Erfolge dieser Maßnahmen. In meiner alten Branche gab es eine Regel: Miss es oder vergiss es. Nur dann, wenn die Einhaltung der Regeln kontrolliert und die Erfolge

gemessen werden, kann am Ende ehrlich bewertet werden, ob das ganze Projekt gut war und auch, wo es noch gehakt hat. Deshalb bin ich sehr froh, dass wir ambitionierte Indikatoren haben, mit denen wir die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie Schritt für Schritt verbessern können und werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das alles ist Work in Progress; aber wir haben die Messlatte hochgehängt. Und das ist eine wirklich gute Nachricht in diesen Zeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin der Regierung auch für die Ernsthaftigkeit dankbar, mit der sie die globalen Nachhaltigkeitsziele anpackt. Wir haben hier und im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung schon oft debattiert, wie wichtig diese Ziele sowohl für die Entwicklung unseres Planeten als auch für uns hier zu Hause in Deutschland sind. Denn auch, wenn es diesem Land gut geht, so gibt es doch noch viel Ungerechtigkeit. Deshalb freue ich mich, dass ich hier voller Überzeugung sagen kann: Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ist ein progressives Dokument.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Hier steht – als eine vom ganzen Kabinett mitgetragene Regierungsstrategie – schwarz auf weiß: Die Bundesregierung bekennt sich zur Einhaltung der planetaren Grenzen, den Belastungsgrenzen unserer Erde. Daraus ergibt sich ein Transformationsauftrag und – ich darf wörtlich aus der Nachhaltigkeitsstrategie zitieren –:

Es geht darum, umfassende, beschleunigte Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten und voranzutreiben: in unserer Art zu leben, zu arbeiten, zu konsumieren, in Technologien, Institutionen und Praktiken.

Das, meine Damen und Herren, ist ein klares Bekenntnis zu einem sozialen, ökologischen und wirtschaftlich vernünftigen Fortschritt. Ich als Sozialdemokrat freue mich über dieses Bekenntnis.

(Beifall bei der SPD)

Und nun, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Parlament, sind wir dran. Die Regierung hat ordentlich vorgelegt. Nun müssen wir nachlegen. Ziele und Indikatoren sind das eine; aber die Ziele müssen natürlich mit guter Politik, mit Leben gefüllt werden. Das ist unser Job. Es braucht engagierte und progressive Politik, um engagierte und progressive Ziele zu erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Hier stehen jetzt alle, die bisher Nachhaltigkeit für sich proklamiert haben, auch in der Verpflichtung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist an uns.

Die Vereinten Nationen haben mit den globalen

Nachhaltigkeitszielen einen großen, einen historischen Schritt getan. Die Bundesregierung hat mit ihrer Strategie nachgezogen. Und jetzt ist es an der Zeit für dieses Parlament, dass auch wir einen großen Schritt wagen. Es ist an der Zeit, dass wir Nachhaltigkeit im Grundgesetz verankern.

(Beifall bei der SPD)

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung und der Rat für Nachhaltige Entwicklung haben hier gemeinsam gute Vorarbeit geleistet. Große Köpfe wie Klaus Töpfer, Gesine Schwan, Ernst Ulrich von Weizsäcker sowie Hans-Jürgen Papier sind mit uns der Auffassung: Nachhaltigkeit gehört ins Grundgesetz. Es ist an der Zeit. Wer es wirklich ernst meint mit der Bekämpfung von Armut und Ungleichheit, mit der Bewahrung der Schöpfung und mit einem wirklich nachhaltigen Wachstum, das auch die künftigen Generationen im Blick hat, der sollte vor diesem Schritt nicht zurückschrecken.

Ich rufe Ihnen zu, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union und auch von den Grünen: Geben Sie Ihr Zögern auf! Verstecken Sie sich nicht länger hinter verfahrenstaktischen Scheinargumenten! Es geht um Größeres!

Wir alle führen in Sonntagsreden das Wort „Nachhaltigkeit“ im Mund. Nun ist es an der Zeit, zu liefern. Das wäre ein großer Schritt des deutschen Parlaments. Wann, wenn nicht jetzt, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Als Nächste spricht die Kollegin Birgit Menz für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Birgit Menz (DIE LINKE):

Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Katja Kipping hat es schon deutlich gemacht: Wir sehen die Strategie mehr als kritisch, und wir haben allen Grund dazu. Seit sich die Staats- und Regierungschefs bei den Vereinten Nationen mit der Agenda 2030 auf nichts weniger als auf eine Transformation unserer Welt verständigt haben, ist nun über ein Jahr vergangen.

Dass die Aushandlung einer Strategie viel Zeit braucht und dass dabei jeder Kompromisse machen muss, ist klar. Aber Sie hatten seit 2015 Zeit, konkrete Politik zu machen, die zumindest erste Schritte in die richtige Richtung macht.

Aber was haben Sie in dieser Zeit getan? Sie haben einen Nationalen Aktionsplan „Wirtschaft und Menschenrechte“ verabschiedet, mit dem die Bundesregierung weiter auf Freiwilligkeit setzt, statt endlich verbindliche Regeln für deutsche Unternehmen und Kon-

zerne einzuführen, die sich an Landraub beteiligen oder durch Raubbau an der Natur die Existenzgrundlage lokaler und regionaler Ökonomien zerstören.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie halten weiter an Verhandlungen über neoliberale Konzernschutzabkommen fest, trotz massiver Proteste der Menschen gegen TTIP und CETA. Diese Aktivitäten, die dem Ziel der Agenda 2030 klar entgegenstehen, finden sich nun in der Strategie wieder, mit der Sie die Umsetzung der SDGs erreichen wollen. Verzeihen Sie, wenn uns da Zweifel an der Ernsthaftigkeit dieser Strategie kommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Bundesregierung schätzt die Herausforderung, vor der wir stehen, durchaus richtig ein. Es geht in der Tat darum, umfassende, beschleunigte Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten und voranzutreiben. Aber woran es dieser Strategie fehlt, ist eine kritische Ursachenanalyse, die die bisherige neoliberale Politik der Bundesrepublik und der EU als Teil des Problems versteht.

Diese Ursachenanalyse nachzuholen, fordert die Linke in ihrem Entschließungsantrag zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Denn nur auf der Grundlage einer ehrlichen Ursachenanalyse ist es möglich, sinnvolle Ziele zu setzen und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Ziele auch wirklich zu erreichen.

Die Linke hat sich über den gesamten Post-2015-Prozess immer wieder mit Anträgen dafür eingesetzt, die verfehlte Politik der Industrieländer, auch Deutschlands, in den Bereichen der Agrar-, Wirtschafts- und Handelspolitik klar als Ursachen von Hunger, Armut und Ungleichheit zu benennen. Deutsche Politik muss Verantwortung dafür übernehmen, welche Auswirkungen unser Handeln für die Chancen auf eine sozial gerechte und ökologisch verträgliche Entwicklung weltweit hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Nachhaltigkeitsstrategie muss diese internationale Verantwortung als Aufgabe aller Politikbereiche definieren. Die Linke hat dazu konkrete Forderungen vorgelegt: Nachhaltigkeitsklauseln statt Liberalisierungsverpflichtungen in Handelsabkommen, Besteuerung von Spitzeneinkommen und Vermögen, Aufbau von sozialen Sicherungssystemen und Mindestlöhnen, Transaktionssteuern, Verbot von Spekulationen mit Nahrungsmitteln, eine internationale Bekämpfung von Steuerflucht und -vermeidung, eine Kartellbehörde zur Entflechtung marktbeherrschender globaler Unternehmen, Abbau von Rüstungsetats und eine Umwidmung der freiwerdenden Mittel für die Entwicklungsfinanzierung, um nur ein paar Punkte zu nennen.

Sie haben sich entschieden, all diese strukturellen Fragen nicht in die Strategie einfließen zu lassen.

Stattdessen diskutieren Sie, nur ein paar Monate nachdem Ihre Strategie zur Umsetzung der SDGs verabschiedet wurde, über eine drastische Erhöhung des Verteidigungshaushaltes.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Unglaublich!)

Das zeigt: Sie sprechen von Transformation und globaler Verantwortung, aber eine entsprechende Politik machen Sie nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Durch Ihre Politik wird dem Begriff „Transformation“ das gleiche Schicksal widerfahren wie dem der „Nachhaltigkeit“, nämlich dass er verbrannt wird, weil sich ihn alle aneignen wollen, ohne damit inhaltliche Konsequenzen zu verbinden. Aber Nachhaltigkeit verlangt die Systemfrage. Transformation anerkennen muss heißen, eine andere, eine sozial ökologische Politik zu machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Für die CDU/CSU spricht jetzt der Kollege Dr. Andreas Lenz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer nachhaltigen, einer nachhaltigeren Welt. Es geht um nicht weniger als das Ziel eines Lebens in Würde für alle Menschen auf dieser Erde, und dies unter Wahrung der planetaren Grenzen. Deutschland hat sich unter der Bundesregierung das Ziel gesetzt, eine führende Rolle bei der Transformation der Weltgemeinschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit einzunehmen. Ich will betonen, dass Nachhaltigkeit national mit Bundesminister Peter Altmaier und international mit Bundesminister Gerd Müller – beide sind anwesend – in Verbindung gebracht wird. Dafür herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Nachhaltigkeitsstrategie stellt eine ehrliche Bestandsaufnahme dar. Wir haben schon die Symbolik von Sonne und Wolken vernommen. Ich denke, dass die Darstellung die Beschreibung „heiter bis wolkig“ verdient. Das Erreichte wird berücksichtigt und gewürdigt. Trotzdem werden ambitionierte Ziele für die Zukunft gesetzt. Unsere Nachhaltigkeitspolitik wird in vielerlei Hinsicht anspruchsvoller, zum einen, weil die Zahl der Nachhaltigkeitsindikatoren von 38 auf nunmehr 63 steigt, und zum anderen, weil die Nachhaltigkeitsstrategie dynamisch und zukunftsorientiert angelegt

ist. Bereits 2018 werden die Indikatoren fortgeschrieben.

Wenn es um die Beurteilung der Strategie geht, ist mir eines in Erinnerung geblieben. Die grüne Obfrau Valerie Wilms hat in dieser Woche gesagt, wir seien bei der Nachhaltigkeitsstrategie einen wichtigen Schritt vorangekommen und es sei eine passable Nachhaltigkeitsstrategie geworden. Wer Frau Wilms kennt, weiß, dass das in ihrem Vokabular fast einem Superlativ gleichkommt. An dieser Stelle ganz herzlichen Dank für das Lob der Grünen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Christoph Strässer [SPD] – Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das zeigt aber auch, dass Nachhaltigkeitspolitik keine Erfindung der Grünen ist.

Wir als größtes und wirtschaftlich stärkstes Land der Europäischen Union gehen bei der Nachhaltigkeit voran und werden natürlich weiterhin Vorbild sein. Das zeigt sich bei zahlreichen Einzelbeispielen: bei der Etablierung des Textilsiegels und der Fortschreibung des Ressourceneffizienzprogramms, aber auch bei den Anstrengungen hinsichtlich einer höheren Transparenz bei den internationalen Lieferketten. Deutschland betreibt eine Nachhaltigkeitspolitik mit globalem Anspruch. Die Welt rückt zusammen. Was in Deutschland geschieht, hat unmittelbare Auswirkungen auf die Welt, und andersherum. Deshalb ist es richtig, dass die Nachhaltigkeitsstrategie verstärkt eine globale Perspektive einnimmt.

Die Nachhaltigkeitsstrategie geht in diesem Kontext in einem Beispiel auf die nationale, die europäische und die globale Dimension von Flucht ein. Erst wenn wir es schaffen, auch in den Herkunftsländern eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen, leisten wir einen effektiven Beitrag zur Bekämpfung der Fluchtursachen. Das zeigt, was es bedeutet, die Agenda in den einzelnen Zielen in Deutschland, mit Deutschland und durch Deutschland voranzubringen. Frau Göring-Eckardt, nachhaltige Politik ist mehr als tagespolitischer Aktionismus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Dieter Janecek [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach so!)

Nachhaltigkeit ist nach wie vor Chefsache im Kanzleramt. Zukünftig werden in allen Ressorts Stellen für Nachhaltigkeitskoordinatoren eingerichtet. Das Thema Nachhaltigkeit bekommt so auch in den einzelnen Ressorts ein höheres Gewicht. Dabei werden Zielkonflikte um den Begriff der Nachhaltigkeit bestehen bleiben. Wenn ich mir die Strategie genau anschau, dann stelle ich fest, dass beispielsweise einerseits der Besitz eines Farbfernsehers als Wohlstandsindikator gilt – zu Recht – und dass andererseits die Bekämpfung von Adipositas, von starkem Übergewicht, als

Gesundheitsziel aufgeführt wird. Da stellt sich schon die Frage, ob hier nicht gewisse Kreuzkorrelationen bestehen, die den Zielen vielleicht zuwiderlaufen. Aber das ist nur ein kleines Beispiel dafür, welches Ringen um den Begriff der Nachhaltigkeit zuweilen notwendig ist.

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung wird die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie intensiv begleiten und bei der Weiterentwicklung mitwirken. Wir wollen, dass dieses Thema Ausgangspunkt politischen Handelns wird und nicht Anhang. Mit der neuen Nachhaltigkeitsstrategie ist ein Aufschlag gemacht, die planetaren Grenzen im politischen Handeln zu berücksichtigen und damit die Zukunftsfähigkeit unseres Landes insgesamt zu stärken. Jetzt gilt es, das Ganze politisch zu unterfüttern.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Das Wort hat die Kollegin Dr. Valerie Wilms von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Valerie Wilms (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Gestern haben wir viel Seegang gemacht, heute lassen wir es ein bisschen ruhiger angehen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten im ganzen Hause – Dr. Gesine Lötzsch [DIE LINKE]: Schade! Deswegen bin ich extra gekommen!)

Die Nachhaltigkeitsstrategie, Kollege Lenz, ist eine rot-grüne Erfindung – immer daran denken! Das war 2003/2004.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie ist eines der wenigen Dinge, die unter der jetzigen Koalition tatsächlich besser geworden sind. Auch Herr Altmaier – Sie verstecken sich – und Herr Bauernfeind, der die praktische Arbeit im Hintergrund macht, sind hier. Herzlichen Dank.

Sicherlich kann und sollte man weiterhin inhaltlich streiten. Auch ich bin nicht mit allen Maßnahmen und inhaltlichen Beschreibungen einverstanden. Aber durch die strukturellen Veränderungen in der Strategie kann man jetzt genau sehen, wo wirkliche Anstrengungen unternommen werden und wo eben nicht. Deshalb rate ich den Kolleginnen und Kollegen: Schaut in die Strategie, nutzt sie für eure Arbeit! Dafür ist sie da. Nur so können wir gemeinsam ihre Umsetzung vorantreiben.

(Beifall im ganzen Hause)

Kollege Träger, den Streit ums Grundgesetz sollten

diejenigen, die in der nächsten Wahlperiode noch dabei sind, weiterführen,

(Carsten Träger [SPD]: Nein, jetzt!)

aber darauf kommt es nicht an. Es kommt darauf an, aus dem Ding, wie es jetzt da ist, etwas zu machen. Dafür brauchen wir keinen Eingriff ins Grundgesetz.

(Jeannine Pflugradt [SPD]: Aber es hilft!)

Im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung begleiten wir die Fortentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie kontinuierlich – Herr Altmaier und auch andere Kollegen haben es angesprochen –, und wir tun dies mit einer Herangehensweise, die in unserem Hohen Hause keineswegs üblich ist. Wir sind kein klassischer Ausschuss, und das ist auch gut so. Die Punkte, auf die wir uns einigen, müssen nämlich langfristig Bestand haben und dürfen nicht alle vier Jahre hier umgeändert werden.

Deshalb treffen wir unsere Entscheidungen möglichst im Konsens. Das ist manchmal mühselig – das gebe ich zu – und führt auch nicht zur Durchsetzung von Maximalforderungen. Das ist aber auch nicht das Ziel. Wir suchen den größten gemeinsamen politischen Nenner, und der ist manchmal kleiner als erhofft, manchmal aber auch größer.

Im Nachhaltigkeitsbeirat wollen wir Nachhaltigkeit stärken. Deshalb schauen wir nach vorne und vermeiden es, uns in rituellen Koalitions-Oppositions-Hakeleien zu verlieren. Das gelingt manchmal besser und manchmal etwas schlechter.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD)

Diese Woche hatten wir ein etwas schlechteres Beispiel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, von unserer Seite aus hätten wir oft gerne ein Mehr an Nachhaltigkeit. Das sieht man durchaus an unserer grünen inhaltlichen Arbeit. Auch möchten wir Nachhaltigkeitsaspekte im politischen Prozess stärker verankern. Da gibt es nach unserer Ansicht durchaus einige Ansatzpunkte. Diese haben wir in unserem Antrag zur Stärkung von Nachhaltigkeit im politischen Prozess aufgeschrieben.

Erfolgreiche nachhaltige Politik braucht meines Erachtens zwei Dinge. Wir sprechen auch im Nachhaltigkeitsbeirat zu oft nur mit Gleichgesinnten. In der Echokammer der Nachhaltigkeit sind sich dann alle einig. Das reicht aber nicht. Wir müssen raus aus dieser Echokammer.

(Beifall im ganzen Hause)

Dafür ist die heutige Debatte schon mal ein ganz guter Anfang.

Wir haben zur Umsetzung nachhaltiger Politik die Nachhaltigkeitsstrategie. Sie ist sogar eine Leitstrate-

gie der Bundesregierung, Herr Altmaier. Nur, was passiert, wenn diese von einzelnen Ressorts nicht umgesetzt wird? Ich habe da schon einmal nachgefragt: Nichts, gar nichts!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So wird das nichts werden, Kollegen. Es muss auch einmal etwas passieren, wenn nicht nachhaltige Politik gemacht wird. Im Moment ist es doch so: Wir haben verdammt viel Zuckerbrot, aber die Peitsche, die gegebenenfalls aus dem Kanzleramt kommen müsste, suchen wir vergebens.

(Heiterkeit – Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]:
Herr Altmaier traut sich nicht!)

Nur so könnten wir in Zukunft Wahlkreisbeglückungen zum Beispiel mit unnötigen Ortsumgehungen verhindern. Das hat dieses Mal beim Bundesverkehrswegeplan wieder nicht funktioniert.

Mein Fazit: Schön und hilfreich, dass es diese Strategie gibt. Zum ersten Mal hat die Bundesregierung eine Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt, die diesen Namen auch verdient. Noch schöner wäre allerdings, sie würde auch wirklich umgesetzt. Herr Altmaier, da gehen Sie wirklich einmal intensiv heran.

(Dagmar Ziegler [SPD]: Mit der Peitsche!)

Ziehen Sie einmal die Peitsche.

Danke.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Wir alle hier sind für gewaltfreie Politik.

(Heiterkeit)

Nächste Rednerin ist die Kollegin Jeannine Pflugradt für die SPD.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Jeannine Pflugradt (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Nach Frau Wilms zu sprechen, ist schwierig. Meine Rede wird bestimmt nicht so stimmungsvoll, aber vom Inhalt her auch sehr interessant.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Die Spannung steigt!)

In Südamerika gibt es einen See, dessen Namensgebung auf Vertreter der indianischen Kultur zurückgeht. Sinngemäß übersetzt lautet der Name: Wir fischen auf unserer Seite, ihr fischt auf eurer Seite, und niemand fischt in der Mitte. – Dahinter steckt eine Er-

kenntnis: Wenn alle auf allen Seiten fischen und versuchen, möglichst viel für sich selbst zu sichern, bleibt am Ende für niemanden etwas. Nachhaltiges Handeln als Fähigkeit, vorauszublicken und vorzusorgen, ist alt. Nachhaltigkeit war und ist eine Überlebensstrategie, die mittlerweile eine globale Dimension angenommen hat.

Die im September 2015 in New York verabschiedete Agenda 2030 der Vereinten Nationen hat gezeigt, dass die Erkenntnis der globalen Bedeutung von Nachhaltigkeit bei den Staatenlenkern angekommen ist. Die globalen Herausforderungen lassen sich nur gemeinsam bewältigen. Das Leitprinzip der nachhaltigen Entwicklung muss konsequent und in allen Bereichen und in allen Staaten angewandt werden. Uns allen muss bewusst sein, dass unser Verhalten auf ökonomischer, sozialer sowie ökologischer Ebene Auswirkungen auf unsere Kinder, Enkelkinder sowie auf das gesamte Ökosystem unseres Planeten hat.

Als Berichterstatterin meiner Fraktion zum Thema „gesunde Ernährung“ möchte ich einen kurzen Blick auf ebendieses Thema in der Nachhaltigkeitsstrategie richten. Ernährung ist ein Menschenrecht. Deshalb haben nicht nur die Beendigung des weltweiten Hungers, sondern auch die Verringerung der Adipositasquote von Jugendlichen und Erwachsenen als Ziele Einzug in unsere nationale Nachhaltigkeitsstrategie gefunden. Auch wenn Sie es nicht mehr hören können, liebe Kolleginnen und Kollegen: Lebenswichtig bleibt dieses Thema allemal. Es bleibt Thema Nummer eins für Nachhaltigkeit im Bereich Gesundheit oder – nennen wir es lieber so – im Bereich „länger leben“.

Übergewichtige und fettleibige Jugendliche sind häufig mit Ausgrenzung und sozialem Rückzug konfrontiert, Erwachsene sehr oft ebenfalls mit gesundheitlichen Auswirkungen, zum Beispiel mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes oder Gelenkschäden. Hier ist das Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie klar definiert: Der Anteil der betroffenen Jugendlichen darf nicht weiter ansteigen, und der Anteil der betroffenen Erwachsenen muss reduziert werden.

Um die Dimension der Problematik einmal zu verdeutlichen: Circa 10 Prozent der Jugendlichen in Deutschland werden als adipös eingestuft – Tendenz steigend. Bei den Erwachsenen über 18 Jahren in unserer Bevölkerung gelten fast 35 Prozent als übergewichtig – Tendenz steigend. Wen wundert's?! Der Grund für diesen Befund: die Zunahme von ungesundem Ernährungsverhalten gepaart mit mangelnder Bewegung.

Man kann die Menschen nicht zwingen. Das ist richtig, und das wollen wir auch nicht als Politik. Deshalb muss das Ziel auf nationaler Ebene aber sein, das Wissen über Ernährung und Ernährungsstile zu verbessern und Verbraucherinnen und Verbrauchern die Wahl eines gesünderen, ausgewogenen Ernährungsverhaltens zu erleichtern.

Um den Menschen einen gesunden Lebensstil näherzubringen, wurden bereits zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, und viele stehen noch in den Startblöcken. Das reicht allerdings nicht aus. Meines Erachtens brauchen wir eine bessere Kennzeichnung von Lebensmitteln, die es uns Verbraucherinnen und Verbrauchern auch ohne Pharmaziestudium und Lupe ermöglicht, zu erkennen, welche Nährstoffe in einem Produkt enthalten sind, das unsere Verbraucher und Bürger und wir selber auch kaufen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zum Abschluss noch einen Satz zum Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung; einiges ist schon gesagt worden. In den vergangenen dreieinhalb Jahren hat sich das Prinzip der gemeinsamen Arbeit im Beirat als sehr fruchtbar erwiesen. Wünschenswert für die Zukunft wäre es jedoch, wenn der Beirat nicht nur kontrollierende, sondern darüber hinausgehende Kompetenzen hätte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Mit mehr Kompetenzen als bisher würde es künftig vielleicht auch gelingen, gemeinsam erarbeitete und vorangetriebene Projekte, zum Beispiel die erwähnte und leider gescheiterte Verankerung der Nachhaltigkeit im Grundgesetz, zu einem Erfolg zu führen. Wenn wir beim Grundgesetz sind, nehmen wir die Kinderrechte gleich noch mit dazu; dann haben wir schon ganz viel erreicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ganz kurz noch Folgendes: Frau Kipping und Frau Göring-Eckardt, so schwarz, wie Sie Deutschland und die Nachhaltigkeitspolitik malen, so schwarz ist Deutschland in der Nachhaltigkeit nicht. Sie als Opposition müssen das wahrscheinlich sagen; das gehört wahrscheinlich zu Ihrer Rolle dazu. Aber man kann auch als Opposition mal loben – das fände ich gut – und darf nicht nur meckern.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Ein schönes Wochenende!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Für die CDU/CSU spricht jetzt der Kollege Matern von Marschall.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Matern von Marschall (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist sehr Wichtiges gesagt worden. Die Arbeit im Parlamentarischen Beirat ist gerade nicht von parteipolitischer Polemik geprägt. Diese Polemik ist hier von denjenigen in die Diskussion gebracht worden, die nicht Mitglieder in diesem Beirat sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU

und der SPD)

Kollegin Wilms, ich glaube, das, was Sie ausgeführt haben, hat sich auch – so habe ich das jedenfalls interpretiert – an die Kollegin Göring-Eckardt gerichtet. Verehrte Kollegin Göring-Eckardt, Ihre Kritik auch an der Entwicklungszusammenarbeit hat mir gezeigt, dass Sie überhaupt nicht wahrgenommen haben, was sich dort in der letzten Dekade getan hat. Es gab eine Verdopplung des Etats.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben – das ist der wesentliche Ansatz, dem die Politik im Augenblick folgt – auch die Mittel zur Klimaschutzfinanzierung über das BMZ – mittlerweile 2 Milliarden Euro – verdoppelt.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie das doch mal den Leuten im Jemen! Sagen Sie das denen, die im Jemen gerade hungern!)

– Frau Göring-Eckardt, ich glaube nicht, dass Sie, wenn Sie diese Dinge bewusst übersehen, Ihrer Fraktion und Ihrer Partei einen Gefallen tun. Insofern fände ich es schon ganz hilfreich, Sie würden zumindest die Anstrengungen zur Kenntnis nehmen, die da unternommen werden, insbesondere auch von Bundesminister Müller mit dem, was er – ich bin ganz dankbar, dass der Name so lautet – „Marschallplan mit Afrika“ nennt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Er setzt sehr wichtige Akzente, um bei der Migrationskrise, in der sich diese Welt befindet, die wesentlichen und richtigen Schritte zu machen.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Den habe ich übrigens gar nicht kritisiert! Wenn Sie sich erinnern wollen, wenn Sie mir zugehört haben!)

– Ich würde mich freuen, Sie würden mir noch einen Moment zuhören. – Ich glaube, dass die Nachhaltigkeitsagenda die parteipolitische Polemik, die Sie hier aufrufen, überhaupt nicht verdient.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie müssen mal sagen, wie Sie es umsetzen! Sie setzen nichts um!)

– Es ist bei Ihnen genauso.

Wir versuchen, drei Kapitel auszubalancieren: eine vernünftige wirtschaftliche Entwicklung, eine angemessene gesellschaftliche Entwicklung und eine gute ökologische Entwicklung. Ich finde, jeder von uns – übrigens je nachdem, welche parteipolitische Perspektive und welchen Schwerpunkt seine Fraktion, seine

Partei diesbezüglich hat – sollte versuchen, die Perspektive gerade derjenigen Bereiche in der Ausbalancierung der Nachhaltigkeitsaspekte zu betrachten, die er sich ungern zu eigen macht.

(Zuruf der Abg. Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Schauen wir nach Afrika. Natürlich ist vor allen Dingen wichtig, dass die Menschen dort Jobs bekommen. Sie können nämlich überhaupt erst leben, wenn sie Arbeit haben. Das ist genau das, was wir zum Beispiel mit den Initiativen des BMZ dort voranbringen. Schauen wir nach Nordafrika, schauen wir in den Maghreb. Dort betreiben wir Klimaschutzfinanzierung. Dort sind die weltgrößten Photovoltaik- oder, besser gesagt, Thermosolkraftwerke installiert worden: mit einer Finanzierung durch die KfW. Das sind Investitionen, die nicht nur unserer Wirtschaft, etwa Siemens oder denjenigen, die die Parabolspiegel für die Solaranlagen herstellen, etwas bringen, sondern die auch dort Jobs bringen, die auch dort eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen und die dann die Lebensgrundlage der Menschen wirklich gut und langfristig sichern. Die Menschen sind so nicht gezwungen, den Weg über das Mittelmeer zu nehmen und Geld in die Geldbeutel der Schlepperbanden zu werfen, um hier eine Zukunft zu suchen, die sie hier gar nicht finden können.

Das ist unser Ansatz. Ich glaube, dieser Ansatz ist verantwortlich, er ist umfassend, und er ist vor allen Dingen auch kohärent. Wir schauen uns nämlich jedes Politikressort an. Wir schauen uns nicht nur die Ökologie an, sondern wir schauen uns auch die Wirtschaft und die Gesellschaft an. Wir versuchen, über den Tellerrand hinauszuschauen, und das ist, glaube ich, ganz wichtig in Zeiten, in denen Vereinfachungsthesen in vielen Ländern die Diskussionen bestimmen und es Rückzugsgefechte in die scheinbar heile Welt nationaler Politik gibt. In dieser Zeit versuchen wir, genau das Gegenteil zu machen. Wir sagen: Wir können nur vorankommen, wenn wir über unseren Tellerrand hinausschauen, wenn wir nicht nur die nationale, sondern auch die internationale Verantwortung wahrnehmen und wenn wir auf diesem Weg dazu beitragen, dass die Globalisierung zukunftsfähig, langfristig, tragfähig und verantwortungsvoll gestaltet wird.

Das ist unser Ansatz, und das ist der Ansatz, der ganz deutlich aus den Prinzipien der neuen nationalen Nachhaltigkeitsstrategie hervorgeht. Deswegen bin ich Ihnen, lieber Herr Altmaier, lieber Herr Bauernfeind und all denjenigen, die daran in den letzten Monaten viel und erfolgreich gearbeitet haben, sehr dankbar.

Zum Abschluss. Ich glaube schon, dass der Parlamentarische Beirat eine wichtigere und eine hörbarere Rolle bekommen muss. Wir sollten darüber nachdenken, wie wir in allen Debatten auch anderer Ausschüsse, in denen Nachhaltigkeit eine Rolle spielt,

mindestens eine Stimme aus dem Parlamentarischen Beirat für Nachhaltigkeit hören können, damit dieser umfassende, kohärente und letzten Endes über die Ressortgrenzen hinausgehende Aspekt der Nachhaltigkeit akzentuiert und auch sichtbar und hörbar wird. Wir sind es auch der Öffentlichkeit schuldig, diese Debatte nach außen zu tragen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Der Kollege Christoph Strässer spricht als Nächster für die SPD.

(Beifall bei der SPD)

Christoph Strässer (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, zumindest eines ist in der Debatte, die wir heute führen, deutlich geworden: Das, was wir mit der Nachhaltigkeitsstrategie betreiben, ist ein Prozess. Ich habe ein Stück weit die Debatten im Rahmen der Vereinten Nationen zur Verabschiedung der SDGs erlebt. Das war ein unglaublich mühsames Verfahren. Ich finde, das, was dabei herausgekommen ist, war ein Paradigmenwechsel in der internationalen Zusammenarbeit. Daran haben viele mitgearbeitet, und niemanden von ihnen sollten wir enttäuschen, aber bei niemandem sollten wir die Erwartung wecken, dass all das, was dort niedergeschrieben ist, bis übermorgen verwirklicht ist. Ich glaube, das ist ein Ansatz, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Insofern bin ich der Bundesregierung dankbar, dass sie diesen Prozess auf den Weg gebracht hat. Ich möchte noch etwas zu diesem Prozess sagen. Wir reden jetzt hier ganz viel über Regierungshandeln. Wir reden über parlamentarische Beteiligung, und ich sage einmal unabgesprochen: Ich bin als neues Mitglied im Parlamentarischen Beirat der Auffassung, dass dieser Beirat auch eine deutlich hörbarere Stimme im Verfahren gewinnen muss, wie auch immer das in der nächsten Legislaturperiode, vielleicht durch eine Änderung der Geschäftsordnung, möglich ist. Man sollte jedenfalls dafür werben; denn Nachhaltigkeit ist nichts, was man nur begleitet. Vielmehr müssen diejenigen, die sich generell mit Nachhaltigkeit beschäftigen, auch etwas zu entscheiden und mehr zu sagen haben als bisher, und daran sollte man gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir ist eines noch ganz wichtig, und daher finde ich es gut, dass wir dies in diesem Rahmen diskutieren können: Es ist gut, dass sich durch die SDGs auch im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit ein Paradigmenwechsel vollzogen hat, nämlich weg davon, dass wir die Geber sind

und dass die Staaten des globalen Südens – der Dritten Welt dürfen wir ja nicht mehr sagen – sozusagen die Bettler sind, denen wir etwas gewähren. Dazu würde ich gerne ein paar Sätze sagen.

Es ist heute schon mehrfach angesprochen worden: Die Menschen, die in diesen Ländern leben, haben sich bei der Geburt nicht ausgesucht, in welchem Land sie geboren werden. Sie haben genauso das Recht, so zu leben, dass sie ihre Menschenwürde behalten. Das ist eine Erfüllung der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich glaube, das ist der Kern der Auseinandersetzung, um den wir uns jetzt streiten müssen. In dem Prozess, den wir begonnen haben, steckt eine ganze Menge. Dieser inklusive Prozess, der unter sehr breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft, unter anderem von VENRO und anderen Entwicklungsorganisationen, stattgefunden hat, war beispielhaft. Natürlich – das kann ja gar nicht ausbleiben, das kenne ich auch aus anderen Diskussionsprozessen; der Nationale Aktionsplan „Wirtschaft und Menschenrechte“ ist schon angesprochen worden – findet sich Zivilgesellschaft nicht eins zu eins in einem Papier der Bundesregierung und auch der Parlamente wieder. Ich glaube aber schon, dass man daraus lernen kann, wie man gesellschaftliche Prozesse organisiert. Man sollte diejenigen, die Fachwissen haben, die vor Ort arbeiten, nicht außen vor lassen und sagen: Wir sind hier diejenigen, die das machen, und ihr könnt hinterher zustimmen oder nicht. – Ich glaube, dieser Prozess war bemerkenswert, auch wenn vieles von dem, was die Organisationen gefordert haben, jetzt nicht mehr in den Papieren drinsteht.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch zwei kritische Punkte ansprechen. Wenn von einem Prozess die Rede ist, dann heißt das ja auch, dass es weitergeht. Diese kritischen Punkte beziehen sich auf einige der SDGs, die wir hier angesprochen haben. Der erste Punkt ist die Armutsbekämpfung. Ich sehe das nicht so kritisch wie Sie von der Linkspartei. Der Nationale Aktionsplan „Wirtschaft und Menschenrechte“ bringt massive Fortschritte. Er ist nicht das Ende der Fahnenstange. Aber wenn wir Armut bekämpfen wollen, dann brauchen wir faire, transparente Handelsbeziehungen, die auch die Menschen und die Staaten, mit denen wir den Handel treiben, unterstützen und die nicht ausschließlich auf die eigene ökonomische Situation und auf die Verbesserung unserer Standards ausgerichtet sind. Ich glaube, da muss nachgebessert werden in diesem Nationalen Aktionsplan „Wirtschaft und Menschenrechte“.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Andreas Lenz [CDU/CSU])

Der zweite Punkt, der mir seit ungefähr 40 Jahren

auf der Seele brennt – das muss ich jetzt einmal sagen; da war ich noch Mitglied der FDP –, ist die Erfüllung der sogenannten ODA-Quote. Sie steht ja auch in Ihrem Strategiepapier. Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor 40 Jahren haben wir in Deutschland im Konsens gesagt: Wir brauchen 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, um unsere Verpflichtung in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu erfüllen. – Diese Quote ist jetzt etwas angestiegen. Wir wissen aber auch, dass das im nächsten Jahr wieder anders sein wird, weil dann die einmaligen Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen nicht mehr eingerechnet werden. In dieser Strategie ist als Zeitpunkt für die Erreichung dieses Ziels nicht mehr das Jahr 2020, sondern das Jahr 2030 angegeben. Meine Damen und Herren, das ist eine Bankrotterklärung, was die ODA-Quote angeht. Da muss deutlich nachgebessert werden. Da müssen wir etwas anderes erreichen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Zum Abschluss hat in dieser Aussprache für die CDU/CSU der Kollege Peter Stein das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Peter Stein (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachhaltigkeit ist ein wunderbares Gesetz der Schöpfung. Um etwa 1000 vor Christus entstand unter König David ein Großstaat. Das Land wurde ausgebaut, Städte wurden befestigt. Besonders in der Hauptstadt Jerusalem boomte das Bauen. Dazu brauchte man viel Holz, mehr als das eigene Land liefern konnte. Dieses Holz schafften Phönizier aus dem Libanon und aus Persien gegen gute Bezahlung heran. Das Ganze war also ein Jobmotor. In der Glanzzeit Israels unter König Salomo erreichte dieser Bauboom seinen Höhepunkt. Das ganze florierende Land brauchte Massen an Holz als Rohstoff. Diese Nutzung dauerte Jahrhunderte an. Die Bestände der Libanon-Zeder wurden fast bis zur Ausrottung geplündert. Nachhaltig war das nicht.

Daraus wurde gelernt: Jedes siebte Jahr begingen die Juden später als sogenanntes Sabbatjahr, in dem nicht gesät und geerntet werden durfte. Das galt sowohl für die Feldfrüchte als auch für die Früchte der Bäume. Damit erhielten die Böden eine Regenerationspause, die ein Auslaugen verhinderte, und Bäume konnten nachwachsen. Der Bibel verdanken wir auch den ersten schriftlichen Hinweis auf einen zur Aufsicht dieser Handlungsweise bestellten Förster. In Nehemia, Kapitel 2, Vers 8, ist von Asaf als dem obersten Verwalter über die Wälder des persischen Königs die Rede. Sicher ist heute überliefert, dass der Begriff der Nachhaltigkeit aus dem Forstwesen

stammt. Die Bibel belegt uns an dieser Stelle diese uralten Wurzeln der Menschheit. Nun sind wir einige Tausend Jahre später nicht viel klüger, obwohl wir mehr wissen und andere Technologien haben. Das sollte uns eigentlich helfen, derartige Fehler nicht wieder zu begehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, heute reden wir über die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Diese baut auf den 17 Nachhaltigkeitszielen, den sogenannten SDGs, auf. Da steckt unglaublich viel Kraft drin. Ich glaube, es ist an uns, diese Kraft auf die Straße zu bringen. Wir müssen den wissenschaftlichen Elfenbeinturm verlassen. Wir müssen den Menschen erklären, was wir mit Nachhaltigkeit meinen. Wir müssen sie mitnehmen und sie dafür begeistern, dass das, was wir uns vorstellen und niedergeschrieben haben, auch funktioniert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dafür brauchen wir eine Definition. Wir haben die Definition der Brundtland-Kommission. Für mich muss ich ehrlich sagen: Ich brauche keine fixe Definition von Nachhaltigkeit. Ich denke, Nachhaltigkeit ist ein Prozess, und die Definition ergibt sich aus dem Handeln. Dazu gehört Teilhabe. Dazu gehört Verständnis. Dazu gehört, dass wir diese Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, die ja sagt, dass wir auf dem Weg in eine enkelgerechte Gesellschaft sind, tatsächlich in die nächste Generation einbinden. Denn die kommende Generation muss mit uns gemeinsam die nächste enkelgerechte Gesellschaft entwickeln.

Wir geben uns zu Beginn dieser Strategie Managementregeln. In der ersten Regel steht das, was ich gerade beschrieben habe: Jede Generation muss ihre Aufgaben selber erfüllen und selber lösen. In der zweiten Regel heißt es bereits: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen müssen Hand in Hand gehen. Weiter heißt es: Wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Kräfte sind zusammenzuführen. Das machen wir auch heute hier in der Debatte, und dies muss als Signal

nach draußen gehen: Wir sind dazu bereit, nicht nur strategisch, sondern tatsächlich mit unserem gemeinsamen Handeln in Richtung Nachhaltigkeit zu wirken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Nachhaltigkeit und Bildung – diese beiden Begriffe sind für mich eins. Allein schon im Kern dieser beiden Begriffe steckt, dass es sich um die Aufgaben handelt, die wir in die nächste Generation hineingeben. Dazu gehört zuallererst, dass wir im Bereich der Bildung den Begriff der Nachhaltigkeit vom Kindergarten über die Schulen, die Hochschulen bis zum lebenslangen Lernen niemals vergessen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, 17 SDGs – die Nachhaltigkeitsziele sind vereinbart, und zwar von allen Staaten. Anders als offenbar die Führung in den USA stehen wir zu den Vereinbarungen von New York und Paris.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben die Klima- und Umweltschutzkanzlerin. Wir stehen an der Seite der freien Welt und nicht an der Seite der Dummheit. Wir wählen die Zukunft, nicht die Ignoranz. Mister President: Mauern, die zwischen den Menschen und der Erkenntnis stehen, können niemals schöne Mauern sein. Ich sage: Mister Trump, tear down this wall of ignorance!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Damit schließe ich die Aussprache.